

Ergänzungsblatt

- öffentlich nach § 48 Abs. 2 Satz 1 GO NRW

Drucksachen-Nr.

1212701EB2

Externe Dokumente

Betreff

Festspielhaus

<u>Gremium</u>	<u>Sitzung</u>	<u>Ergebnis</u>	*
Rat	04.09.2012	zu Ziff. I: Mehrheit gegen Grüne und Linke bei Abwesenheit Stv. Yildiz - BIG- zu Ziff. II: 1. einstimmig bei Enth. SPD bei Abwesenheit Stv. Yildiz BIG-; 2. Mehrheit gegen SPD bei Enthaltung Stv. Kansy FDP- und bei Abwesenheit Stv. Yildiz BIG-	

(Es erfolgt eine gemeinsame Beratung der Punkte 1.4.25, 1.5.6 und 1.5.7; der TOP 1.8.1 war zuvor bei Anerkennung der Tagesordnung -vgl. Ausführungen unter 1.1- zum ordentlichen Beratungspunkt unter 1.4.25 umgruppiert worden)

Beschluss:

- I. Der Rat der Stadt Bonn spricht sich nach wie vor für ein Festspielhaus an der Rheinaue aus und begrüßt das bürgerschaftliche Engagement zur Finanzierung sowie die Zusage der Post. Ziel ist möglichst eine Umsetzung bis zum Geburtsjubiläum zu erreichen. Die Stadt stellt das gewünschte Grundstück zur Verfügung und wird den späteren Bauherren beim vorhaben bezogenen Bebauungsplan im Genehmigungsverfahren nach Kräften unterstützen und auch die Umfeldgestaltung im Rahmen von Städtebauförderungsmaßnahmen vornehmen. An den Baukosten beteiligt sich die Stadt auch zukünftig nicht. Die Finanzierung des Betriebes durch eine Stiftung wird konkretisiert und die Stadt beteiligt sich daran angemessen. Im Übrigen gelten die im Ratsbeschluss vom 30.11.2011 beschlossenen Voraussetzungen und Zusagen.
- II. 1. Die Verwaltung legt in diesem Jahr einen Zeitplan bis zum Jahr 2020 vor, der darstellt, in welchen Schritten die Vorbereitung des Beethovenjahrs 2020 erfolgen soll.
Die Kulturverwaltung wird gebeten darzulegen:
 - Wer konzeptionelle Vorbereitung verantwortlich übernimmt,

- Welche Mittel für die Vorbereitung und Durchführung zur Verfügung stehen,
- Wer in die Planungen einbezogen wird
- Wer die künstlerische Verantwortung für das Beethovenjahr 2020 haben soll

2. Die Verwaltung legt einen Zeit- und Finanzplan zur Sanierung der Beethovenhalle als Multifunktionshalle vor.

- - -

Zu Beginn einer ausführlichen Aussprache begründet Stv. Dèus -CDU-, den von seiner Fraktion eingebrachten Dringlichkeitsantrag (DS-Nr. [1212701](#)), der zunächst bei Anerkennung der Tagesordnung unter TOP 1.5.6 eingruppiert wurde und der dem Wortlaut der vorstehenden Ziff. I. entspricht. Er betont die Bedeutung des Festspielhauses auch für den Wirtschaftsstandort Bonn und unterstreicht mit Hinweis auf die von der Verwaltung nachgereichte Stellungnahme (DS-Nr. [1212095ST6](#)) die Absicht, ein unbefristetes Zeitfenster zu öffnen. Im Zusammenhang hiermit müsse auch der von seiner Fraktion gemeinsam mit der Fraktion Bündnis90/Grüne eingebrachte, unter TOP 1.5.7 platzierte Dringlichkeitsantrag betr. Beethovenjahr 2020/Beethovenhalle mit der DS-Nr. [1212702](#) gesehen werden (Dieser entspricht dem Wortlaut der vorstehenden Ziff. II).

Frau Stv. Paß-Weingartz -Bündnis90/Grüne- begründet mit Hinweis auf die bestehende Beschlusslage den Änderungsantrag ihrer Fraktion ([1212095AA3](#)), der sich nunmehr darauf reduziere, dass das Neubauprojekt Festspielhaus seitens der Verwaltung nicht weiter verfolgt werden soll (Ziff. 4 a des Änderungsantrages).

Stv. Repschläger -DieLinke- erläutert den von seiner Fraktion eingebrachten Änderungsantrag [1212095AA4](#), der dem Ziel diene, das Projekt Festspielhaus zu beenden und die Beethovenhalle zu sanieren.

Stv. Prof. Dr. Löbach -FDP- signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion sowohl zu dem CDU Antrag (1.5.6) als auch zu dem gemeinsamen Antrag von CDU und Bündnis90/Grüne (1.5.7) allerdings mit der Einschränkung, dass der Ausschluss einer finanziellen Beteiligung der Stadt Bonn so nicht mitgetragen werde.

Stv. Frau Richter -SPD- begründet den Änderungsantrag ihrer Fraktion ([1212095AA5](#)), stellt aber in Aussicht den Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion (1.5.6) mitzutragen. Was das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion hinsichtlich des gemeinsamen Antrages von CDU und Bündnis90/Grünen angehe (1.5.7) beantrage sie vor der Abstimmung eine kurze Sitzungsunterbrechung, um dies zu klären.

In weiteren Wortbeiträgen stellt Stv. Faber -DieLinke- die Glaubwürdigkeit des Rates in Frage, wenn man einmal gefasste Beschlüsse jetzt aufgeben, Stv. Wimmer -BBB- sieht noch eine Vielzahl von ungeklärten Fragen, hält es aber angesichts des Engagements der Bürgerschaft doch für ratsam, noch eine weitere Chance zu eröffnen. Sollte allerdings nicht im I. Quartal 2013 Klarheit geschaffen sein, müsse das Projekt beendet werden.

Stv. Hürter -SPD- beantragt die Verweisung der Änderungsanträge in den Kulturausschuss und schlägt vor, das Wort „möglichst“ im 3. Satz des CDU-Antrages zu streichen. Stv. Hümmrich verweist noch einmal auf das Engagement der Bürger und verwahrt sich gegen den in der Diskussion oftmals eingebrachten Vergleich mit dem WCCB.

In der anschließenden Abstimmung verweist der Rat zunächst einvernehmlich die Änderungsanträge 1212095AA3-5 in den Kulturausschuss und stimmt alsdann dem der Ziff. I des vorstehenden Beschlusses entsprechenden Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis90/Grüne und DieLinke zu.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 20:30 - 20:32 stimmt der Rat dem der Ziff. II des vorstehenden Beschlusses entsprechenden gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von CDU und Bündnis90/Grüne zu Ziff. 1 mehrheitlich bei Enthaltung der SPD und zu Ziff. 2 mehrheitlich gegen SPD bei Enthaltung Stv. Kansy -FPD- zu.